

## Sitzungsniederschrift

### 26. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt

Sitzungsort: <b>Hotel Alte Schmiede, Esenser Straße 295, 26607 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>18.05.2021</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:50 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Bargmann, Bodo	CDU	Vorsitz von Herrn Gerhard Rinderhagen übernommen
<b>Mitglieder</b>		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	Vertretung für Herrn Sascha Pickel
Bracklo, Agnes	BWM	
Busker, Hinrich	SPD	
Gossel, Arnold	CDU	Vertretung für Herrn Gerhard Rinderhagen
Harms, Erich	SPD	
Ihnen, Hermann	AKSBG	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Reinhard Warmulla
Strömer, Wilhelm	FW	
Tjaden, Hinrich	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Wienbeuker, Johann	AKSBG	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Brötje, Helge		
Noosten, Carl		

Runge, Rolf

**Verwaltung**

de Vries, Ingo

Hayen, Matthias

Hillebrand, Sonja

Kramer, Christian

Orlik, Holger

Toepfer, Sylvia

Protokollführerin

**Nicht anwesend:**

**Vorsitz**

Rinderhagen, Gerhard

CDU

**Mitglieder**

Odens, Roelf

CDU

Pickel, Sascha

SPD

**Grundmandat**

Warmulla, Reinhard

DIE LINKE.

**Beratende Mitglieder**

Götz, Reiner

Steven, Michael

Valentien, Helge

Wagner, Erich

## Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 13.04.2021 und vom 03.05.2021
5. Einwohnerfragestunde
6. Innovatives Ostfriesland: Informationen zum WIR!-Projekt und zum Thema Wasserstoff im Landkreis Aurich
7. Antrag der Fraktion "Bündnis90/Die Grünen" vom 28.03.2021; Den Wolf als Teil der Natur begreifen

Vorlage: IX-AF/2021/020

---

8. Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 28.04.2021; Klimaschutzmaßnahmen im Landkreis  
Vorlage: IX-AF/2021/012
  9. 1. Änderung der Wasserschutzgebietsverordnung Hage  
Vorlage: IX-MV/2021/014
  10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
  11. Einwohnerfragestunde
  12. Schließung der Sitzung
- 

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1      Eröffnung der Sitzung**

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** eröffnet um 15.02 Uhr die 26. Sitzung des Ausschusses für Kreientwicklung.

---

#### **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** stellt fest, dass die Ausschussmitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und das Gremium beschlussfähig ist.

---

#### **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 6 gestrichen wurde und stellt die Tagesordnung im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern fest.

---

#### **TOP 4      Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 13.04.2021 und vom 03.05.2021**

Die Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 13.04.2021 und vom 03.05.2021 entfällt, da diese noch nicht veröffentlicht wurden.

---

#### **TOP 5      Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden folgende Fragen gestellt:

**Frau Manuela Hege** aus Großheide bezieht sich auf die Kreistagssitzung am 06.05.2021, in welcher sie Fragen gestellt habe. Datiert vom 11.05.2021 habe sie ein



Schreiben des Landkreises Aurich erhalten, in welchem die Fragen nicht zufriedenstellend beantwortet worden seien. Sie bittet um Informationen über den Verbleib der 32 Rinder aus Bayreuth, die in der Kreistagssitzung thematisiert wurden und fragt, ob sich die Rinder tatsächlich in Belgien aufhalten. Es gebe viele widersprüchliche Informationen dazu.

**Kreisrat Smolinski** antwortet, dass die Verwaltung keine Kenntnis darüber habe, wo sich die Rinder tatsächlich zum aktuellen Zeitpunkt aufhalten. Wenn ein Tiertransport ordnungsgemäß durchgeführt wurde und die Rinder ordnungsgemäß an ihrem Bestimmungsort angekommen sind, fangen die Mechanismen der freien Marktwirtschaft an zu greifen. Diejenigen die die Zuchtrinder erworben haben, verfügen ab dem Zeitpunkt frei über das Bestimmungsrecht. Die Informationskette, die das Veterinäramt bezüglich dieser Transporte habe, ende an dieser Stelle.

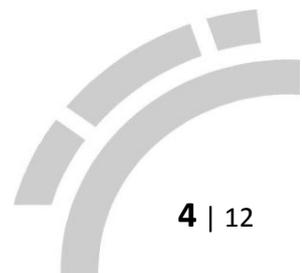
**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** fasst zusammen, dass die Verwaltung keine Kenntnis darüber habe, wo sich die Rinder aktuell aufhalten und bittet um die nächste Frage.

**Frau Manuela Hege** merkt an, dass in dem Antwortschreiben aufgeführt werde, dass Langstreckentransporte immer mit GPS überwacht werden. Im Jahr 2018 seien jedoch von 155 Transporten insgesamt nur 35 überwacht worden. Sie fragt, inwieweit es sichergestellt sei, dass es von 2018 bis 2021 solch einen Fortschritt gegeben habe, dass jeder Transport vollumfänglich überwacht werden könne.

**Kreisrat Smolinski** erklärt, dass die Angaben aus dem Jahr 2018 für die Verwaltung nicht nachvollziehbar seien. Auch auf Nachfrage beim Land Niedersachsen habe sich nicht erschlossen, woher diese Angaben stammen. Dem Landkreis Aurich liegen diesbezüglich andere Zahlen vor und es sei wie auch im Jahr 2018 jeder Transport überwacht worden.

**Frau Manuela Hege** stellt die Frage, warum im Veterinäramt Aurich nicht nach dem gesamten Artikel 14 der EU Verordnung von 2005 mit den dazugehörigen weiteren Rechtsvorschriften geprüft, wie das in Bayern oder in einigen Veterinäramtern in Niedersachsen gehandhabt werden, sondern nur nach dem Erlass.

**Kreisrat Smolinski** erläutert, dass auch diese Information nicht richtig sei. Es seien sämtliche einschlägige Rechtsverordnungen und Rechtsnormen geprüft worden, unter anderem auch §16a des Tierschutzgesetzes, welcher dem Verwaltungsakt zugrunde gelegt worden sei. Auch das Verwaltungsgericht Oldenburg habe sich ausführlich mit diesen Rechtsnormen befasst.



**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** fragt, ob es seitens der Einwohnerinnen und Einwohnern weitere Fragen gibt, stellt fest, dass dies nicht der Fall ist und schließt die Einwohnerfragestunde.

---

**TOP 6**            **Innovatives Ostfriesland: Informationen zum WIR!-Projekt und zum Thema Wasserstoff im Landkreis Aurich**

---

**TOP 7**            **Antrag der Fraktion "Bündnis90/Die Grünen" vom 28.03.2021; Den Wolf als Teil der Natur begreifen**  
**Vorlage: IX-AF/2021/020**

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann begrüßt Herrn Stefan Nilles vom NLWKN, der in seinem Aufgabenbereich als „Wolfsberater“ zugeschaltet wurde.**

**Abg. Altmann** leitet ein, dass das Thema Wolf sehr emotional und teilweise auch irrational behandelt werde. Der Anlass dieses Thema im Kreisentwicklungsausschuss zu behandeln sei die Forderung des Landvolkes gewesen, Ostfriesland wolfsfrei zu halten, was bedeuten würde, dass die Wölfe, die in Ostfriesland auftauchen, zum Abschuss freigegeben werden sollen. Vor dem Hintergrund, dass dieses Thema so emotional behandelt wird, habe sich die Fraktion überlegt, dass das NLWKN als Behörde mit dem Wolfsbüro, mittels einer Moderation der Diskussion sachliche Informationen geben könne, inwieweit diese Forderungen gerechtfertigt seien. **Abg. Altmann** spricht das sogenannte „Rotkäppchen-Syndrom“ an, welches sich auf die Ängste der Bevölkerung beziehe, wenn diese mit Wölfen in Kontakt kommt. Es stelle sich die Frage, inwieweit diese Ängste gerechtfertigt seien und wie man mit diesen Ängsten umgehen könne.

**Herr Nilles** hält es für extrem unwahrscheinlich, dass Wölfe in Europa Menschen angreifen. Menschen würden dazu neigen, dass nur geringste Lebensrisiko für sich nicht zu tolerieren, was er für nachvollziehbar halte, jedoch könne man tendenziell in Bezug auf Wolfsangriffe Entwarnung geben. Die Problematik liege in den Nutztierrißen. Er möchte appellieren, die Diskussion dieser Problematik nicht zu sehr zu emotionalisieren, sondern immer wieder zu versachlichen und den Extremen „Wolfsfreies Ostfriesland“, wie auch die Spezies Wolf zu stark zu schützen, fernzubleiben. Laut **Herrn Nilles** müsse man bestimmte Tiere, die in der Kulturlandschaft den meisten Schaden anrichten, aussortieren. Beispielsweise führt er an, dass Wölfe, die sich darauf spezialisieren, an Deichlandschaften Schafe zu reißen, nicht toleriert werden sollten. Insgesamt müsse ein Kompromiss gefunden werden, bei dem man sich möglichst weit von den Extrempositionen fernhalten solle.

**Abg. Altmann** fordert einen Sachstandsbericht ein. Sie fragt, wie sich der Wolf in Ostfriesland darstellt, ob sich Wölfe sehen lassen und in welcher Dichte. Zudem hätte sie gerne weitere Informationen über die verschiedenen Schutzmaßnahmen, Zäune wie

auch Herdenschutzhunde und deren Finanzierung sowie über Kompensationszahlungen im Falle gerissener Tiere.

**Herr Nilles** verweist darauf, dass er einige Informationen bereits schriftlich eingereicht habe und bittet die Fragen zu konkretisieren. Es gebe keine residenten Wölfe in Ostfriesland, sondern nur welche, die ab und zu mal dort gesichtet werden. Herdenschutzhunde seien eine sehr wirksame Methode, allerdings bedürfen diese auch immer einer Stromeinzäunung aufgrund des aggressiven Verhaltens. Insbesondere in Regionen mit Touristenverkehr und an Deichen seien Herdenschutzhunde nur schwierig einsetzbar. Hinzu komme, dass nicht jeder Schäfer Hunde halten möchte und man dies auch nicht von jedem Schäfer verlangen könne. Bezüglich der Schutz einzäunung an den Deichen gebe es kein Patentrezept, da Schwachstellen in der Einzäunung unvermeidbar sind. Man müsse auch wasserseitig Einzäunungen vornehmen, da Wölfe schwimmen, was an befahrenen Wasserstraßen oder vor dem Hintergrund des steigenden Wasserpegels nicht möglich ist. Bei Küstenschutzdeichen gestaltet sich die gänzliche Einzäunung als noch schwieriger. Für andere Flächen, die nicht in Wassernähe liegen, sei es so, dass man mithilfe von Schutz einzäunungen und Hunden den Schutz der Tiere schon gut bewältigen könne.

**Abg. Tjarden** erläutert, dass er mit Heiko Alberts, dem Präsidenten vom Wasserverbandstag, der sich um die hiesigen Deiche zu kümmern habe, gesprochen hat. Dieser würde bestätigen, dass die Einzäunung von der Wasserseite, unter anderem auch wegen des Treibguts, nicht möglich sei. Zudem seien die Herdenschutzhunde keine freundlichen Hütehunde, sondern teilweise sehr aggressive Hunde, die auch eine Bedrohung für Radfahrer darstellen können. Viele Landwirte seien dabei, ihre Kühe einzustallen, aber die Schafe könne und solle man ja nicht so einfach einstellen, da diese dazu dienlich sind, den Deich zu befestigen. Aus seiner Perspektive gebe es keine andere Möglichkeit, als Wölfe zu akzeptieren und das Risiko hinzunehmen.

**Abg. Jelken** weist darauf hin, dass es recht viele Konflikte mit dem Wolf gebe. Es gebe eine schnell wachsende Wolfspopulation, was bedeutet, dass der Wolf nicht vom Aussterben bedroht sei. Im Landkreis Aurich gebe es viel Nutztierhaltung. Um diesen Bestand wolfsabweisend zu schützen, müssten viele Weiden dementsprechend eingezäunt werden, was kaum möglich sei. Einen hundertprozentigen Wolfsschutz in der Weidehaltung könne es nicht geben, da man bei Schutzmaßnahmen immer Kompromisse machen müsse zwischen dem, was schützt und dem, was vom Aufwand her überhaupt realisierbar ist. Es könne auch nicht das Ziel sein, dass die Freilandhaltung immer weniger werde. In Deutschland gebe es laut **Herrn Nilles** durchschnittlich sechs Prozent Zuwachs an Wolfsrudeln und **Abg. Jelken** befürchtet, dass man in Zukunft von den Wölfen überrollt würde. Er führt einen Vergleich zu der typischen Wolfsregion Alaska an. In Niedersachsen gebe es schon genauso viele Wölfe wie in Alaska, jedoch sei der bedeutende Unterschied, dass die Einwohnerdichte in Alaska deutlich geringer sei, als die Einwohnerdichte in Niedersachsen. Zudem gebe ihm zu denken, dass es in den Schlachthöfen immer strengere, tierschutzgerechtere Auflagen umgesetzt werden, andererseits jedoch eine immer größer werdende Anzahl von Tieren brutal durch

den Wolf gerissen werde. Er fordert eine gezielte Entnahme von Wölfen und damit die Eingrenzung der Präsenz von Wölfen in Ostfriesland.

**Abg. Altmann** fragt **Herr Nilles**, ob dieser bestätigen könne, dass wir in absehbarer Zeit von Wölfen überrollt werden und ob er die genannten Zahlen aus Niedersachsen bestätigen könne. Außerdem möchte sie hinzufügen, dass der Rückgang der Weidehaltung von Rindern andere Gründe habe als die Gefahr durch den Wolf. Der zentrale Grund hierfür liege im Rückgang der bäuerlichen Landwirtschaft. Zudem erklärt sie, dass das Reißen von Tieren ihrer Meinung nach mit Natur zu tun habe und dass sie das Reißen von Tieren als natürlicher betrachte als beispielsweise das Schächten von Tieren wie es in Marokko betrieben werde.

**Herr Nilles** bestätigt die genannten Zahlen. Vom vergangenen zu diesem Jahr gebe es einen Zuwachs von 57 Prozent an Wolfsrudeln in Niedersachsen. Dass wir von Wölfen überrollt werden, vermöge er nicht zu sagen. Grundsätzlich sei es so, dass diejenigen, die die unkontrollierte Ausbreitung von Wölfen befürworten, davon ausgehen, dass sich dies irgendwann selbst reguliere, wenn alle Territorien besetzt seien. Die exponentielle Zunahme sei über einen gewissen Zeitraum vorstellbar, danach verringere sich die Zunahme automatisch. In Ostfriesland gebe es aktuell noch keine residenten Wölfe, jedoch sei grundsätzlich damit zu rechnen, dass sich Wölfe ansiedeln.

**Herr Noosten** benennt sich als einer derjenigen, die das wolfsfreie Ostfriesland gefordert hatten. Dies sei einerseits etwas reißerisch, jedoch habe die Forderung auch einen Grund. Die Weidetierhaltung sei sehr wichtig für die Region. Unter anderem begründet er dies mit den Wiesenbrütern, für die die Weidehaltung unheimlich wichtig sei. Umso kritischer sehe er es, wenn durch den Wolf auf die Weidehaltung verzichtet werden müsste. Dass für die Schäden gerissener Tiere Entschädigungszahlungen geleistet werden, sei für ihn kein Argument. Es sei nicht das, wofür man antrete, dass man morgens seine gerissenen Tiere vorfinde, und die Bilder nicht mehr aus dem Kopf bekomme. Dies sei sehr belastend für die Psyche der Schäfer und deren Familien. Im Sinne des Grünlanderhalts sei es wichtig, dass man gegen den Wolf vorgehe. Herdenschutzhunde sehe er kritisch, da diese Hunde aufgrund ihres aggressiven Verhaltens sehr schwierig zu halten seien. Es habe auch mal Schutzesel gegeben, jedoch würde dieser sich auf den Weiden in Ostfriesland innerhalb kürzester Zeit so fett fressen, dass er seine Aufgabe vergesse. Die Herdenschutzzäune seien kritisch zu betrachten, da diese das gesamte übrige Wild trennen würden. Rehwild und Hasen kommen nicht mehr durch die Zäune und verenden häufig sehr elend an den niedrigen Stromzäunen. Aus seiner Rolle als Oberdeichrichter kann er sagen, dass der Herdenschutz an Deichen kaum umsetzbar sei. Weidehaltung und Deicherhaltung werde für den Wolf riskiert, und dies solle Bedacht werden.

**Herr Nilles** erklärt, dass all das, was **Herr Noosten** sage, vollkommen richtig sei. Es stelle sich nur die Frage, welche Schlussfolgerung man daraus ziehen könne. Man müsse sich irgendwie mit den Wölfen arrangieren. Man werde mit diesen schrecklichen

Bildern teilweise leben müssen. Bestimmte Verluste seien zu akzeptieren und insbesondere die kleinen Nutztiere seien zukünftig verstärkt mit Zäunen zu schützen.

**Herr Noosten** führt an, dass es aus seiner Perspektive eine zu einfache und nicht die richtige Lösung sei, sich zu arrangieren und die Situation hinzunehmen sei nicht der richtige Umgang mit der Thematik. Es bedarf zeitnah einer guten Lösung und gut für die Zukunft gerüstet zu sein. Er sei der Meinung, dass die Weidehaltung und die Deicherhaltung für den Wolf riskiert werde und dass man sich gut überlegen müsse, ob das so gewollt sei.

**Abg. Altmann** merkt an, dass die Konflikte unter anderem auch darum vorhanden seien, da wir dem Wolf seinen Lebensraum genommen haben. Das Ausrotten des Wolfes habe es bereits in der Vergangenheit gegeben, es stelle sich nun die Frage ob die Menschen intelligenter geworden seien. Wölfe seien aufgrund ihrer Sozialisation nicht auf den Menschen fixiert. Damit sei die Angst vor dem Wolf als Raubtier unbegründet. Das „Rotkäppchen-Syndrom“ sei aus diesem Grund auch eine ernstzunehmende Sache. Es müsse Aufklärungskampagnen geben, damit die Angst, die dazu führe, dass man den Wolf loswerden wolle, unabhängig von der Gefahr für die Nutztiere, genommen werde. Sie erklärt, dass sie nicht der Meinung sei, dass man aktuell schon Maßnahmen zur Tötung von Wölfen vornehmen, sondern die Situation erstmal beobachten sollte.

**Herr Nilles** erläutert, dass es vielleicht aktuell noch keine konkreten Maßnahmen bedürfe, man jedoch ohne viel Weitsicht sehen müsse, dass man sich zukünftig drauf einstellen muss und sich somit nun auch schon Gedanken um den Umgang mit der Thematik machen sollte. Er äußert Verständnis für die Gründe von **Herrn Noosten**. Er appelliert jedoch dahingehend, dass man von den Extemporationen Abstand nehmen solle und einen guten sachgerechten Kompromiss finden müsse.

**Abg. Tjarden** bittet darum, Abstand von Begrifflichkeiten wie Mythen und Ängsten zu nehmen, da dies immer Emotionen hervorrufe. Stattdessen solle man sich doch sachlich Gedanken machen, wie die Wölfe zukünftig reguliert werden könnten.

**Abg. Busker** weist darauf hin, dass bereits vierzig Minuten über das Thema diskutiert werde und er stellt fest, dass der Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt nichts machen könne, außer Bedenken zu äußern. Das Land sei gefordert konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Er bittet darum, die Diskussion zu beenden.

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** erklärt die Diskussion für beendet und bittet **Herrn Nilles** um ein Schlusswort.



Herr Nilles prognostiziert, dass die Wölfe irgendwann kommen werden, dass man damit zwangsläufig umgehen müsse und bestätigt die Annahme von **Abg. Busker**, dass das Land gefordert sei, Maßnahmen zu ergreifen. Es müsse ein Kompromiss gefunden werden, wie man sich mit dem Wolf arrangieren könne.

---

**TOP 8**      **Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 28.04.2021; Klimaschutzmaßnahmen im Landkreis**  
**Vorlage: IX-AF/2021/012**

**Klimaschutzmanager Ingo de Vries** und der **stellvertretende Amtsleiter des Amtes für Bauordnung, Planung und Naturschutz Christan Kramer** tragen zu den Klimaschutzmaßnahmen im Landkreis Aurich vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Abg. Jelken** fragt sich, inwieweit die Kommunen bei der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes einbezogen werden. Es sei angesprochen worden, dass mit den größeren Städten, also mit Norden, Aurich und Emden gesprochen worden sei, aber letztendlich gebe es viele kleine Kommunen, die eventuell kein eigenes Klimaschutzkonzept erstellen könnten.

**Ingo de Vries** antwortet, dass er ein kommunales Netzwerk zum Thema Klimaschutz etablieren möchte. Bei den meisten Vertretern von kleineren Kommunen, mit denen er gesprochen habe, bestehe ein Interesse für ein solches Netzwerk. Klimaschutz solle landkreisweit gedacht werden und somit auch die kleinen Kommunen inkludieren. Somit sei es nicht notwendig, dass jede Gemeinde ein eigenes Konzept erstelle, da die Kommunen durch das Klimaschutzkonzept des Landkreises berücksichtigt werden.

**Abg. Altmann** fragt sich, wie die Vernetzung mit den Klimaschutzmanagern, die es bereits gebe, abläuft.

**Ingo de Vries** erklärt, dass der Kontakt zu den Klimaschutzmanagern, die es schon gebe, sehr gut sei, weil grundsätzlich das gemeinsame Interesse besteht, Klimaschutz voranzubringen. Es sei immer besser, wenn man Aktionen auf den Weg bringt, nicht nur als Landkreis oder als Stadt tätig zu werden, sondern stattdessen versucht, gemeinsam etwas voranzutreiben. Auch im Hinblick darauf, dass ein großes Thema des Klimaschutzes sei, Daten zu sammeln, sei eine gute Zusammenarbeit wichtig. Es müsse ein zentraler Datenpool geschaffen werden, auf den alle Klimaschutzmanager zurückgreifen können. Innerhalb des Landkreises Aurich funktioniere die Zusammenarbeit zwischen den Klimaschutzmanagern laut **Ingo de Vries** einwandfrei.

**Abg. Gossel** empfindet die Aktion mit den Wildblumenwiesen als tolle Aktion, jedoch müsse er bemängeln, dass diejenigen, die sich beworben haben und nicht berücksichtigt wurden, keine Rückmeldung durch den Landkreis erhalten haben.



**Christian Kramer** erklärt, dass jeder einzelne Antragsteller eine Benachrichtigung erhalten habe. Dies sei hauptsächlich telefonisch durch Tatjana Alt geschehen.

**Landrat Meinen** betont, dass jeder, der einen Antrag beim Landkreis Aurich stellt, eine Benachrichtigung bekommen sollte.

**Abg. Altmann** hat eine Frage zu dem vorgestellten Obstbaum-Projekt: Da dargelegt wurde, dass sechs Anträge bewilligt wurden, frage sie sich, ob es eine Zielgröße gegeben habe. Daran anschließend fragt sie, ob es sein könne, dass mehr möglich gewesen wäre, wenn mehr Menschen von dem Projekt gewusst hätten. Zudem möchte Abg. Altmann wissen, ob das Projekt fortgeführt wird. An **Ingo de Vries** richtet sie die Frage, ob es im Hinblick auf die Abfallwirtschaft ein Projekt zur Vermeidung von Plastikmüll gebe.

**Christian Kramer** weist darauf hin, dass die Förderbedingungen dem Flyer entnommen sowie auf der Homepage nachgelesen werden können. Das Projekt sei in der Presse beworben worden. Auch wenn hinsichtlich der Anzahl der Anträge noch Luft nach oben gewesen sei, habe es nicht mehr Anträge gegeben. Das Projekt werde weitergeführt und man gehe davon aus, dass durch die Berichterstattung Aufmerksamkeit für das Projekt generiert werde und weitere Anträge eingehen.

**Ingo de Vries** weist erläutert, dass durch das Amt für Abfallwirtschaft seit Ende des vergangenen Jahres eine relativ breit angelegte Kampagne zum Thema Mülltrennung und Müllvermeidung umgesetzt werde, welche in allen Tageszeitungen beworben worden sei.

**Abg. Looden** empfindet das Blühwiesen-Projekt als eine gute Sache, jedoch weist er darauf hin, dass die größten Blühwiesen die es gebe, die Straßenränder seien und diese werden seiner Meinung nach zu stark gemäht.

**Abg. Meyer** erklärt, Klimaschutz sei keine Erfindung der Grünen, sondern ein Thema, dass jeden befassen sollte. Schon aktuell würde in den Kommunen einiges zum vor dem Hintergrund des Klimaschutzes umgesetzt werden und er sieht nach dem Vortrag von **Ingo de Vries** hinsichtlich weiterer Maßnahmen positiv in die Zukunft.

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** schließt den Tagesordnungspunkt 8.



**TOP 9**      **1. Änderung der Wasserschutzgebietsverordnung Hage**  
**Vorlage: IX-MV/2021/014**

**Kreisverwaltungsdirektor Ahten** trägt vor, dass im Jahr 2015 die Neuausweisung des Wasserschutzgebietes Hage vorgenommen worden sei. Die Verordnung sei am 15. Dezember 2015 im Kreistag beschlossen worden und dann in der Folge am 19. Dezember 2015 in Kraft getreten. Einer der Eigentümer, der von dieser Schutzgebietsausweisung betroffen ist, habe in der Folge einen Normkontrollantrag gestellt, sodass sich das zuständige Oberverwaltungsgericht Lüneburg mit dieser Verordnung auseinandersetzen musste. Bezogen auf die Schutzzone II hat das Oberverwaltungsgericht was die räumliche Ausdehnung angeht, rechtliche Bedenken angemeldet. Die Ausweisung sei seinerzeit auf der Grundlage eines hydrogeologischen Gutachtens und des Arbeitsblattes W101 des deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. vorgenommen worden. Dies sei ein anerkanntes Regelwerk und gelte als antizipiertes Sachverständigen-gutachten. Im Ergebnis sei das Oberverwaltungsgericht der Argumentation des Landkreises Aurich und der Ausweisung bezogen auf die Schutzzone II nicht gefolgt. Aus dem Grunde sei die Ausweisung der Zone II bezogen auf die Grundstücke des Antragstellers unwirksam. Daraufhin veranlasste der Landkreis Aurich eine Überprüfung der räumlichen Ausdehnung der Zone II durch ein weiteres hydrogeologisches Gutachten beauftragt durch die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH. Dieses neuerliche Gutachten bestätigte das der Ausweisung zugrundeliegende Gutachten mit geringen Abweichungen. Die Schutzzone II verändere sich in ihrer räumlichen Ausdehnung nur marginal, wie man den Karten entnehmen könne. Dies führe zu der nun geplanten 1. Änderung der Verordnung. In diesem Änderungsverfahren würden die Träger öffentlicher Belange und die betroffenen Eigentümer innerhalb der Schutzzone II erneut beteiligt. Im zweiten Halbjahr dieses Jahres solle ein Verordnungsentwurf, der die Schutzzone II neu ausweise, den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**Abg. Altmann** bat um Erläuterung der Änderungen, da diese in den Kartendarstellungen nicht offensichtlich erkennbar seien.

**Kreisverwaltungsdirektor Ahten** erläuterte daraufhin anhand der vorliegenden Karten die nunmehr geplante flurstücksgenaue Abgrenzung der Zone II.

---

**TOP 10**      **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

**Abg. Altmann** bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt „Berichterstattung zur Verkehrssituation in der Störtebekerstraße in Neßmersiel“ in der Sitzung am 13.04.2021. Sie habe darum gebeten, dass die Fraktionen die Information erhalten, wann es dort einen Vor-Ort-Termin geben soll. Diese Information habe es nicht gegeben. Stattdessen habe sie nun eine E-Mail von **Kreisrat Smolinski** erhalten, aus welchem der Schluss nach einer Ortsbegehung hervorgehe, dass es keinen Handlungsbedarf gebe. Für sie stellt es sich so dar, als müsse es erst mehr Unfälle und Menschenopfer geben, bevor Änderungen vorgenommen werden. Dies sehe sie als sehr kritikwürdig. Des Weiteren



weist sie darauf hin, dass die bezüglich ihrer Anfrage an die untere Naturschutzbehörde zum Thema des abgeräumten Walls an der Leerer Landstraße, welcher aus ihrer Sicht eine Kompensationsmaßnahme gewesen sei, noch keine Antwort erhalten habe.

**Christian Kramer** bestätigt, dass die Wallhecke zu Kompensationszwecken durch die Stadt Aurich angelegt worden sei. Es habe zu den neuen Planungen, die es für die besagte Gebietskulisse gebe, einen Vor-Ort-Termin gegeben, der zum Gegenstand hatte, abzustimmen, was mit dieser Wallhecke zukünftig passieren solle. An dem Ort würde die Wallhecke zukünftig stören, da ein Rechtsabbiegerstreifen entstehen solle. Innerhalb des Vor-Ort-Termins sei festgestellt worden, dass eine Verlagerung der Wallhecke möglich wäre. Tatsächlich sei es jedoch so, dass es einen Antrag hierzu bisher nicht gegeben habe.

**Abg. Jelken** bittet um einen Sachstandsbericht hinsichtlich der Funktürme im Landkreis Aurich, insbesondere vor dem Hintergrund von weißen Flecken. Im Breitbandausschuss habe die Verwaltung darauf hingewiesen, dass dies ein Thema des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt sei.

**Landrat Meinen** empfiehlt, dass die Fraktion einen Antrag stellen solle.

---

**TOP 11**      **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

---

**TOP 12**      **Schließung der Sitzung**

**Der stellvertretende Vorsitzende Bargmann** schließt die 26. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt um 16.50 Uhr.

---

gez. Bargmann  
Vorsitzender

---

gez. Toepfer  
Protokollführerin